Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 391 — Dienstag, 22. August 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 50,—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 50,—.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 12,—, außerhalb Sachsens M. 15,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 % Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Richtlinien für Bradburys Berliner Mission.

Metamorphose der produktiven Pfänder.

London, 22. Aug. Die „Times" meldet aus Paris: **In Berlin werden u. a. etwa folgende Ideen entwickelt werden:**

1. In Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewährt werden, aber Belgien würde statt Bargeld sechsmonatige Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken gezogen seien. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben sein würden.

2. Die Goldreserve des Reiches müsse von der Reichsbank nach dem besetzten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angesehen werden. Da sie eine Milliarde Goldmark betrage, würde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen, wie die Bergwerke und Wälder.

3. Eine Art Kontrolle von Bergwerken und Wäldern, wie sie Frankreich auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen hat, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß der Poincarésche Plan genügend abgeändert würde, um diesen Plan für die deutsche Regierung annehmbar zu machen.

4. Eine umfassende Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu biete, von Bradbury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Dies würde den augenblicklich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern eine untergeordnete Bedeutung geben. (W. T. B.)

Bradburys Annäherung an Mauclere.

Berlin, 21. Aug. Ueber die Pläne der beiden Mitglieder der Reparationskommission erfährt die „Dena", daß es sich nicht darum handeln wird, das gesamte Reparationsproblem aufzurollen. Die Kommission habe lediglich die Aufgab festzustellen, welche Garantien die deutsche Regierung für das neugeforderte Moratorium zu geben in der Lage ist. Die Kommission unterscheidet dabei sehr sorgfältig zwischen den Garantien, die das Garantiekomitee für das auf Grund des Bradbury-Abkommens bewilligte Märzmoratorium erlangt hat, und zwischen dn Garantien, die Deutschland für das neue Moratorium bieten kann. Man habe deshalb auch den Franzosen Mauclere zu den Beratungen hinzugezogen, weil er gleichzeitig Mitglied des Garantiekomitees ist. Man hofft aber, im Laufe der Verhandlungen eine Basis für das neue Moratorium zu finden.

Wie die „Neue Berliner Ztg." hierzu mitteilt, werde Mauclere im Einverständnis mit Bradbury sehr scharfe Bedingungen vorlegen. Diese Bedingungen dürften sich in der Hauptsache auf die produktiven Pfänder beziehen. Maucleres persönliche Stellung sei zudem keine der milderen Tonart günstige. Er stamme aus dem französischen Finanzministerium, sei öffentlich zwar mit iner persönlichen Auffassung noch nicht hervorgetreten, habe aber in ihren Kreisen wiederholt eine sehr scharfe Auffassung gegen Deutschland zum Ausdruck gebracht. Bei den Garantieverhandlungen sei ihm der Standpunkt der übrigen Delegierten wiederholt nicht weit genug gegangen. Man glaube, daß die deutsche Regierung die Bedingungen Maucleres kaum werde akzeptieren können. Besonders verschärft wird die Situation noch dadurch, daß die englische Regierung in Einzelheiten inzwischen wieder dem französischen Standpunkt gegenüber eingelenkt und Bradbury angewiesen habe, sich der Stellungnahme Maucleres soweit wie möglich anzupassen. — Heute nachmittag um 5 Uhr tritt das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen.

Der Empfang durch den Reichskanzler.

Berlin, 21. Aug. Die beiden Vertreter der Reparationskommission Bradbury und Mauclere, die gestern abend aus Paris hier eingetroffen sind, wurden heute mittag vom Reichskanzler empfangen. Vorher fand um 11 Uhr noch eine Ressortbesprechung der an den Verhandlungen beteiligten Ministerien statt. An den bevorstehenden Beratungen nehmen außer Dr. Hermes Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und des Wiederaufbauministeriums teil.

Die unaufhörliche Hetze Poincarés.

Paris, 21. Aug. Poincaré weilte am Sonntag nachmittag in Thiaucourt zur Einweihung eines Kriegerdenkmals zum Andenken an die im Kriege gefallenen Soldaten und Zivilpersonen des gleichnamigen Kantons. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er die deutsche Kriegführung in außerordentlich heftigen Worten verurteilte. **Er erklärte, die Deutschen hätten sich wie Barbaren, Mörder und Brandstifter aufgespielt.** Die Haager Konvention, die versucht habe, den Krieg human zu gestalten, sei schon vor dem Kriege von den Deutschen systematisch obstruiert worden, und sie hätten im Gegenteil während des Krieges immer neue Mittel gesucht, wie z. B. den Gaskrieg, um die Kriegführung möglichst schrecklich zu gestalten. **Es könne Frankreich nicht genügen, wenn nachträglich einige Deutsche diese Verwüstungsmittel tadelten. Während des Krieges seien diese Prozeduren vom gesamten deutschen Volk einstimmig gutgeheißen worden. Frankreich fordere darum, daß auch alle Deutschen für die Reparationen gemeinschaftlich verantwortlich zu machen seien, und Frankreich werde diese Reparationen auch zu erlangen wissen.**

Tschitscherin gegen den französischen Imperialismus.

London, 22. August. „Observer" veröffentlicht einen Artikel Tschitscherins, in dem es heißt: Der Hauptirrtum, den die westlichen Regierungen begangen haben, sei der Gedanke gewesen, daß Rußland auf den Knien liege. Rußland bedürfe einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen. Es könne sich jedoch gestatten, zu warten. Der allgemeine Eindruck in Rußland sei, daß das System der Konferenzen für den Augenblick versagt habe. **Das Hauptziel der russischen Politik, die Entwicklung der Produktion, zwinge Rußland, dauernde wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Ländern zu suchen und daher auf eine allgemeine Friedensregelung hinzuwirken. Rußland leide ebenso wie die gesamten Interessenten unter der aggressiven Politik des französischen Imperialismus.** (W. T. B.)

Eine ernste englische Frage an Frankreich.

London, 22. Aug. Bezugnehmend auf die vom „Temps" aufgeworfene Frage, ob nach britischer Ansicht die französischen Unterseeboote gegen Großbritannien gebaut würden, schreibt „Daily Chronicle" in einem Leitartikel: Wir haben keinerlei derartige Mutmaßungen, aber es ist an Frankreich, nicht an uns, zu sagen, gegen wen sie gebaut werden. Die Unterseeboote sind jedoch nur ein einziges Beispiel, zu dem wir noch Flugzeuge, Besatzungsheere und eine Politik hinzunehmen können, die auf die dauernde Notwendigkeit von Rüstungen begründet ist. Das Blatt schließt: Wir wollen eine Politik des europäischen Friedens und Wiederaufbaus, und für eine solche Politik würden wir bereit sein, zu zahlen. Aber weshalb sollten wir, bevor Frankreich bereit ist, etwas tun, um uns nach dieser Richtung zu unterstützen, eine Schuld erlassen, die auch Frankreich bezahlen könnte, wenn seine Politik weniger kostspielig wäre? (wbt.)

Die letzte Phase des Konflikts mit Bayern.

Die Rückreise der bayrischen Minister.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 21. August. Die bayrischen Unterhändler, Minister Dr. Schweyer und Minister Gürtner, sind heute vormittag in München von ihrer Berliner Mission zurückgekehrt. **Die Angelegenheit kann sich jetzt schnell abwickeln, da die Minister für die Berliner Beratungen ein Mindestprogramm mitgenommen hatten. Ist dies in Berlin zustande gekommen, so ist nicht mehr viel zu reden. Die gesamte Staatsregierung und die Fraktionen werden dann einfach von der erfolgten Einigung Kenntnis nehmen, und die bayrische Sonderverordnung wird unverzüglich aufgehoben werden können. Anders wenn man in München mit den Abmachungen, die neuerdings in Berlin getroffen worden sind, nicht einverstanden sein sollte; daß dann nochmals verhandelt werden sollte, ist ausgeschlossen. Dann würde wohl der Rücktritt der Regierung mit nachfolgender Landtagsauflösung und Neuwahlen nicht mehr zu umgehen sein. Nach allem was man hört, scheint aber doch in Berlin bei den neuerlichen Verhandlungen die gemeinsame Verständigungsbasis gefunden worden zu sein.**

Die Antwort Bayerns.

Berlin, 21. Aug. Zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Abordnung, die gestern Berlin verließ, ist vereinbart worden, vorläufig über die neuen Abmachungen nichts Näheres bekanntzugeben, ehe nicht der bayrische Ministerrat seine Stellungnahme dazu mitgeteilt hat. In Berliner Regierungskreisen erwartet man die Antwort Bayerns heute nachmittag oder spätestens morgen vormittag.

Der Hindenburgtag in München.

München, 21. August. Schon gestern abend ist Hindenburg in München eingetroffen. Er hat bei dem früheren bayrischen Ministerpräsidenten und jetzigen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr Wohnung genommen. München hat heute seinen Hindenburgtag. Es herrscht eine begeisterte und begeisternde Stimmung. Die Angriffe der sozialistischen Presse haben die freudige und dankbare Stimmung nicht im geringsten beeinflußt, höchstens noch gesteigert. Fahnen rauschen, Wimpel wehen, es ist als ob München einen hohen Festtag feiert. Von 9 Uhr morgens sammelten sich die militärischen Verbände und Vereine und marschierten in Reih und Glied nach dem Hofgarten. Vorher hatte Hindenburg die Huldigung der Münchner Studentenschaft entgegengenommen, war dann zu seinem Nachfolger in der Leitung des östlichen Kriegsschauplatzes, dem Prinzen Leopold, gefahren, hatte die Parade der bayrischen Reichswehr abgenommen und sodann den Willkommensgruß Münchens vor und im Armeemuseum empfangen. Diese Feier findet im Augenblick statt, wo dieser kurze Vorbericht telephoniert wird. Für die Generalität des alten Heeres spricht Generaloberst Graf Bothmer, der die kaiserliche Südarmee von Sieg zu Sieg geführt hat und in der Geschichte des Weltkrieges als Bezwinger des Zwinins (Karpathen) für alle Zeiten verewigt ist.

Wahrscheinlich ist das Verbot der Teilnahme an den Hindenburg-Feierlichkeiten, das nach unserer Meldung vom Sonntag an die Reichswehr in München telegraphisch ergangen war, von Reichs wegen wieder zurückgenommen worden.

Dollar (Amtlich): 1170

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers.

Vorbeugungsmaßnahmen gegen gewisse politische Pläne der Alliierten.

Wien, 21. August. Von hiesiger unterrichteter Seite wird zur Reise Seipels mitgeteilt, den Anstoß dazu habe der Beschluß der Londoner Konferenz gegeben, das österreichische Problem vor den Völkerbund zu verweisen. Sollte die österreichische Frage bei der nächsten Völkerbundstagung zur Sprache kommen, so bestände die Möglichkeit, daß von anderer Seite Lösungsformen vorgeschlagen würden, die mit den Zielen der österreichischen Politik, und der Existenz und den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes in Oesterreich in tödlichem Gegensatz ständen. **Der Gefahr, daß die österreichische Frage als eine politische von anderer Seite aufgerollt würde, müßte die österreichische Regierung dadurch zuvorkommen, daß sie selbst die politischen Möglichkeiten zur Besprechung stellte. Es müßte verhindert werden, daß von außen her Pläne geschmiedet würden, auf deren Gestaltung Deutsch-Oesterreich keinen Einfluß habe.** Es sei daher auch nicht ausgeschlossen, daß Bundeskanzler Seipel nach Prag, Berlin und anschließend daran wahrscheinlich auch nach Rom mit konkreten Absichten reist. Der Hauptzweck der Reise dürfte informatorischer Art sein, bei der aus der Aussprache über die verschiedenen Möglichkeiten die Umrisse einer notwendigen Rettungsaktion von selbst sich ergeben würden. Neben die Notwendigkeit, die Welt darauf aufmerksam zu machen, daß das politische Zukunftsziel Deutsch-Oesterreichs ausschließlich auf der deutschen Linie liege, trete auch die Rücksicht auf die großdeutschen Koalitionsgenossen in der Regierung, die den früheren christlich-sozialen und sozialdemokratischen Kanzlern es zum schweren Vorwurf gemacht haben, daß sie niemals bei ihren Auslandsreisen den Weg nach Berlin gefunden hatten.

Die Prager Verhandlungen.

Prag, 21. Aug. Bundeskanzler Dr. Seipel ist heute früh 8 Uhr in Prag eingetroffen. Der dem Präsidenten und dem Außenministerium nahestehende „Czas" meldet dazu, es handele sich für Oesterreich in wirtschaftlicher Hinsicht um eine zweite 500-Millionen-Anleihe. Oesterreich will einen Teil dieser Anleihe zur Regulierung der unerfreulichen Verhältnisse auf dem Valutamarkte verwenden. Der Rest soll zur Deckung der tschecho-slowakischen Lieferungen an Kohle und Zucker im Winter dienen. Auch will Seipel aktuelle politische Fragen zur Sprache bringen.

Die Streiklage im Kreise Oberbarnim.

Berlin, 21. Aug. Nach den am Sonntag an zuständiger Berliner Stelle eingegangenen Berichten arbeiten gegenwärtig von den 38 bestreikten Gütern des Oberbarnimer Kreises 17 mit angemessener Belegschaft. Eine Belegschaft ist am Sonntag morgen erneut in den Streik getreten. Wenn die Lage auch etwas gebessert ist, so läßt sich über den Ausgang des Streiks doch nichts sagen. Am 22. d. M. wird die Arbeitsgemeinschaft, der der Arbeitgeberverband, der Deutsche Landarbeiterverband und der Zentralverband angehören, über die Lohnfrage beraten. Diese Regelung dürfte kaum Schwierigkeiten bereiten. Diese liegen vielmehr in der Forderung, die kommunistische Union als tariffähig anzuerkennen. Da der Tarifvertrag aber den Arbeitgebern nicht gestattet, mit einer anderen Gewerkschaft als den Vertragsparteien zu arbeiten, so ist ein erhebliches Hindernis für den Arbeitsfrieden gegeben. Der frühere Geschäftsführer des Landarbeiterverbandes, der Landtagsabgeordnete Baumann, der gegenwärtige Leiter des kommunistischen Streiks, setzt alles daran, um die Anerkennung der kommunistischen Gruppe als Gewerkschaft durchzusetzen. Ebenso beharrlich werden seine Forderungen von der Gegenseite abgelehnt. Unter den weiblichen Helfern befindet sich ein starker Prozentsatz Berliner Kontoristinnen, die auf diese Weise ihre Ferien verbringen. Bei den Streikenden selbst herrscht Not. Da sie nicht arbeiten, erhalten sie das ortsübliche Deputat an Mehl und sonstigen Lebensmitteln nicht. Auf den bestreikten Gütern sieht es noch immer recht traurig aus. Das noch nicht eingebrachte Getreide ist auf dem Acker bereits völlig verfault und auch in der Viehhaltung macht sich jetzt die schon über eine Woche fehlende Pflege auf das nachteiligste bemerkbar.

Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung für die kommenden Monate haben Oldenburg und Braunschweig veranlaßt, beim Reichsrat anzuregen, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln wieder einzuführen, oder die Länder zu ermächtigen, für Deckung ihres Bedarfs Zwangsmaßnahmen ergreifen zu dürfen. Der Reichsrat wird im September diesem Antrage nähertreten.

Die Aussichten für die Welternte.

Stockholm, 21. Aug. Das „Svenska Dagblad" bringt die Nachricht, daß Deutschland infolge des katastrophalen Marksturzes genötigt sei, seine früher getätigten Weizenkäufe in Nord- und Südamerika zu annullieren, da die hierfür vorgesehenen Devisen für Zahlungen an die Entente dringend gebraucht würden. Im Zusammenhang damit warnt das Blatt davor, die Hoffnung auf eine angebliche Weltrekordernte zu hoch zu spannen. Die Aussichten in Europa, auch in Nordamerika seien durchaus nicht günstig. Die Niederschläge der letzten Wochen und Monate hätten teilweise eine Vernichtung der Ernte herbeigeführt. Die offizielle Berechnung der amerikanischen Ernte bedeutet nicht einmal für Amerika eine Rekordernte, da sie z. T. weit hinter der Ernte von 1918 zurückbleibt.

Artikel der russischen Heimindustrie für die Leipziger Messe.

Moskau, 21. August. Mit dem letzten nach Deutschland abgehenden Dampfer sind für die Leipziger Messe größere Mengen von Erzeugnissen der russischen Heimindustrie abgegangen.